

Die „Vorblätter“ erscheinen wöchentlich am Samstag und Sonntag... Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin...

Die achtseitigen Hauptblätter über deren Raum kostet 2.- M. einschließlich... Die achtseitigen Hauptblätter über deren Raum kostet 2.- M. einschließlich...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Für die Sozialisierung des Bergbaues!

Die Bergarbeiter erwachen!

Die Entschlossenheit der Sozialisierungskommission über die Sozialisierung des Bergbaues haben, obwohl noch nicht veröffentlicht, den heftigen Widerstand der Unternehmer und ihrer Organisationen wahrgenommen. In zahllosen Versammlungen und Eingaben laufen sie Sturm gegen die Vorschläge, die zur Durchführung dieser Forderung nötig sind.

In den Bergarbeitern selbst lebte seit der Revolution der Gedanke der Sozialisierung immer. Aber die Organisationen der Bergarbeiter haben bei den Massenaktionen des vergangenen Jahres ihre Kraft nicht in dem Maße eingesetzt, die zur Durchsetzung dieser Forderung nötig war.

Man betonte dabei allseitig, daß die Bergarbeiter willens seien, die Kohlenlieferungen zu ermöglichen, wiewegen bereits in fast allen Stein- und Braunkohlenrevieren Ueber-schichten oder Ueberstunden verfahren werden.

Aus den auf dieser Tagung erhaltene Verleihen der Bezirksleitungen ging ganz deutlich hervor, daß die Bergarbeiter nunmehr die rasche Inangriffnahme der Bergbau-Sozialisierung von der Regierung fordern.

Dringende Aufgabe der Unabhängigen Partei ist es, dieses Erwachen der Bergarbeiter mit allen Kräften zu fördern, die Organisationen der Bergarbeiter voran zu treiben, und dafür zu sorgen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit der sofortigen Sozialisierung des Bergbaues den Willen der Bergarbeiter so kräftigt, daß sie alle ihnen sich in den Weg stellenden Hindernisse überwinden.

Die „Marxisten“ von Moskau

Von Max Peters.

Unsere Freunde in Moskau nennen sich mit Stolz Kommunisten. Sie wollen damit ihre Geistesverwandtschaft mit Marx und Engels zum Ausdruck bringen, die im kommunistischen Manifest dieses Wort prägen, um eine Verwechslung mit den damals zahlreich vorhandenen sozialistischen Gruppen und Sekten kleinbürgerlichen Charakters zu vermeiden.

Diese Rücksichtnahme ist aber unangebracht gegenüber Entscheidungen der russischen Genossen, die auf die Entwicklung unserer eigenen Arbeiterbewegung einen bestimmenden Einfluß ausüben.

Die augenblickliche Situation der internationalen Arbeiterbewegung hatte sie dazu berufen, der Marx'schen Mahnung: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ wieder lebendige Kraft zu verleihen. Dieser historischen Aufgabe, aus den Trümmern der Arbeiterbewegungen der kapitalistischen Länder eine neue, eine tatkräftige, revolutionäre Internationale zu schaffen, haben unsere russischen Genossen sich nicht gewachsen gezeigt.

Italienisch-französisches Einvernehmen

Paris, 13. September.

Die gemeinsame Erklärung, die zwischen Giolitti und Millerand über die Zusammenkunft von Nizza-Bains vereinbart worden ist, hat nach Havas folgenden Wortlaut:

Der italienische und der französische Ministerpräsident haben ihre Ansichten sowohl über die Lage Europas, wie über die politischen und die wirtschaftlichen Beziehungen Frankreichs und Italiens in dem vertrauensvollsten und freundschaftlichsten Geiste ausgetauscht. Sie sind glücklich gewesen, die allgemeine Übereinstimmung der Interessen der beiden Länder festzustellen.

Der Hauptzweck, den sie verfolgen, bleibt die allgemeine Wiederherstellung des Friedens unter gerechten Bedingungen durch die Achtung der Unabhängigkeit der Völker und durch die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen unter Ausschluß jeden Gedankens an eine politische oder wirtschaftliche Herrschaft, die alle anderen ausschließt.

Die gemeinsame Erklärung, die zwischen Giolitti und Millerand über die Zusammenkunft von Nizza-Bains vereinbart worden ist, hat nach Havas folgenden Wortlaut: Der italienische und der französische Ministerpräsident haben ihre Ansichten sowohl über die Lage Europas, wie über die politischen und die wirtschaftlichen Beziehungen Frankreichs und Italiens in dem vertrauensvollsten und freundschaftlichsten Geiste ausgetauscht.

Der allgemeine Friede kann übrigens nicht vollständig verwirklicht werden, ohne daß die großen europäischen Probleme ihre Lösung gefunden haben. An der Spitze stehen da die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu Rußland und die Regelung der Adriafraße.

Der französische und der italienische Ministerpräsident haben die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder sowohl nach ihrer wirtschaftlichen wie nach ihrer politischen Seite hin einer genauen Prüfung unterzogen. Die Mittel, ihren beiderseitigen Interessen gerecht zu werden, sind ins Auge gefaßt worden.

Ueber die folgenden beiden Punkte haben der französische und der italienische Ministerpräsident ihre Gedanken ausgetauscht und ihre Übereinstimmung festgestellt: Die Unabhängigkeit und die Wiederherstellung des allgemeinen Friedens und die Wiederherstellung normaler und enger Beziehungen sind um diesen Preis anstrengungsvoller und enger Beziehungen sind um diesen Preis anstrengungsvoller und enger Beziehungen sind um diesen Preis anstrengungsvoller...

tuten, wie die Inauguraladresse zeigen dies auf den ersten Blick. Andererseits hätten sich die Internationalen nicht behaupten können, wenn der Gang der Geschichte nicht bereits das Sozialwesen zerfallen gelassen hätte. Die Entwicklung des sozialistischen Weltbewusstseins und die der Arbeiterbewegung stehen stets in umgekehrtem Verhältnis.

Die Stellung, die Marx und Engels den verschiedenen Arbeiterorganisationen der einzelnen Länder gegenüber eingenommen haben, verdient gegenwärtig eine besondere Beachtung. Marx und Engels ließen sich nicht von den schillernden Prinzipienklärungen der Parteien verleiten. Maßgebend für sie war lediglich die Tatsache, ob die Bewegung überhaupt Arbeitermassen hinter sich oder zu gewinnen begründete Aussicht hatten. Typisch in dieser Beziehung ist ihre Haltung zur Arbeiterbewegung Amerikas. In der amerikanischen Arbeiterbewegung waren damals drei Strömungen vorhanden: die von Henry George eingeführte Gruppe in New York, ferner die „Arbeitsritter“, ein tiefenhafter Verein, aus verschiedenen Elementen zusammengesetzt mit einem sehr unklaren Programm; schließlich die „Sozialistische Arbeiterpartei“, die als politische Partei keine Rolle spielen konnte, obgleich sie ein wissenschaftliches fundiertes Programm besaß. In dem Vorwort, das Engels der von Frau Wischniewsky besorgten englischen Ausgabe der „Lage der arbeitenden Klassen in England“ widmete, rief er der „Sozialistischen Arbeiterpartei“, in der großen Arbeiterbewegung, die durch die „Arbeitsritter“ dargestellt wird, aufzugehen. Er zog die beiden verworrenen Bewegungen Henry George und der „Arbeitsritter“ der marxistischen „Sozialistischen Arbeiterpartei“ vor, lediglich deshalb, weil diese beiden Gruppen urwüchsig aus den amerikanischen Verhältnissen entsprossen waren und nicht wie die programmatischen Lehren der hauptsächlich von Deutschen geleiteten „Sozialistischen Arbeiterpartei“ vom Ausland importiert waren.

„Ich denke“, schrieb Engels im Jahre 1887 an Frau Wischniewsky, „unser ganze Praxis hat bewiesen, daß man mit der allgemeinen Bewegung der Arbeiterklasse an jedem Punkt ihrer Bahn wohl zusammengehen kann, ohne unsere eigene besondere Stellung oder gar die Organisation aufzugeben oder zu verbergen, und ich fürchte, daß unsere deutschen Amerikaner einen schweren Fehler begehen, wenn sie einen anderen Weg einschlagen.“

Der Vorzug, den Marx und Engels den Massenbewegungen vor den kleinen Arbeiterorganisationen eintäumten, obgleich diese prinzipienfester und klarer waren als jene, kommt noch deutlicher zum Ausdruck in ihrer Stellungnahme zu der englischen Arbeiterbewegung. Gegen die Social Democratic Federation, die sich auf ihr marxistisches Programm viel zugute tat, legte Engels in einem Briefe an Sorge (1894) folgendermaßen los: „Die Social Democratic Federation teilt mit Euren Deutsch-amerikanischen Sozialisten die Auszeichnung, die einzigen Parteien zu sein, die es fertig gebracht haben, die Marx'sche Theorie der Entwicklung auf eine starre Orthodoxie herunterzubringen, zu der die Arbeiter sich nicht aus ihrem eigenen Klaffengefühl heraus emporkämpfen sollen, sondern die sie als Glaubensartikel sofort und ohne Entwicklung herunterzuliegen haben.“ Eine Kritik, die auch heute wohl recht zeitgemäß ist. Und mit geradezu diabolischer Freude konstatierte Engels die geringen Fortschritte dieser Organisation, die programmatisch ihm eigentlich sehr nahe stand. Er sah in der Taktik der englischen Sozialdemokratie, in ihrer praktischen Betätigung, eine Schädigung des Marxismus und der Arbeiterbewegung, weil sie den Marx'schen Grundanschauungen nicht Rechnung trug.

Die wissenschaftliche Erkenntnis von Marx über den Gang der politischen Entwicklung widerspricht jeder Sektiererei. Denn, wenn „die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen“ ist, so gilt auch für die Politik, daß sie nicht durch die Ideen Einzelner beherrscht wird, sondern durch die Interessen und die durch diese bedingten Ideen der Klassen. Oder wenn nach den von Marx und Engels dargelegten Grundbegriffen der materialistischen Geschichtsauffassung das gesellschaftliche Sein der Menschen ihr Bewußtsein bestimmt, so gilt diese Grundanschauung auch für das politische Handeln, im besonderen auch für die Arbeiterklasse. Dann ist auch für die Weltanschauung wie überhaupt für das Denken der Arbeiter die Stellung maßgebend, die sie im Produkt-

tionsprozeß ihres Landes zu der bestimmten Zeit einnehmen. „Es kann also nicht die Aufgabe des Marxisten in der Arbeiterbewegung sein, bestimmte Lehren, wie Kirchendogmen immerfort zu predigen und deren Anerkennung von Versammlungen und Kongressen immerfort zu verlangen, sondern sich an der Bewegung zu beteiligen, den Massen jeweils darzulegen, welcher Weg im gegebenen Falle für sie der aussichtsreichste ist, respektive welche Gefahren ihnen erwachsen, wenn sie falsche Wege einschlagen; bei all dem aber hat er das Hauptgewicht zu legen auf das, was die von ihm verkündete Theorie mit der tatsächlichen, vor ihm sich abspielenden Klassenbewegung gemein hat und nicht auf das, was sie von ihr unterscheidet. Denn in dieser geflüchteten Hervorhebung des Trennenden, in dem Einnehmen einer rein negativ-kritischen Stellung, in der dogmatischen Aufstellung der alleinrichtigen Lehre, die nicht aus den Lebensverhältnissen der Bewegung heraus entwickelt, sondern ihr fertig entgegengebracht wird, darin liegt der Sektenscharakter, den Marx und Engels nicht müde wurden zu bekämpfen, auch dann, wenn er sich in ihre eigenen Farben kleidete.“ (Castro, Die Taktik des Marxismus, S. 30-37).

Unsere Freunde in Moskau, die durch den Gang ihrer Revolution auf einen exponierten Posten der Internationale geschoben worden sind, sollten doch wahrlich sich des öfteren in die Gedankengänge ihres Meisters, auf den sie sich so gern berufen, vertiefen und die Summe der Erfahrungen, die Marx und Engels in ihren Werken niedergelegt haben, zu ihrem und der internationalen Arbeiterbewegung Nutzen machen. Zurück zu Marx, das ist die Mahnung, die wir den Kommunisten in Moskau angesichts der von ihnen entworfenen Satzungen und Anschließbedingungen für die 3. Internationale zurufen möchten. Wir werden jedenfalls in allen kritischen Situationen uns nach Marx orientieren, dessen Theorie und Taktik keineswegs überwunden ist, vielmehr auch in unserer revolutionären Zeit täglich Triumphe feiert.

Gefährliche Wirkungen Steigerung der Preise

Die Folge der Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel, wie Fleisch und Kartoffeln, sind bereits jetzt deutlich erkennbar. Aus allen Gegenden des Reiches kommen Meldungen, daß die Preise für Vieh und Fleisch gewaltig steigen. In Baden, wo die Preissteigerung bereits vor einigen Wochen einsetzte, sind die ursprünglichen Preise niedrigeren Preisen außerordentlich hohen Preisen gewichen. Rindfleisch kostete dort im Durchschnitt 14-16 M. das Pfund, Schweinefleisch 18-20. Die Preissteigerungen der Agrarier auf Niedrighaltung der Preise ähneln also bereits jetzt ihre völlige Wirkungslosigkeit. Sie waren nur der Vorwand, um die lästigen Fesseln der Kriegswirtschaft loszuwerden.

Nach auf dem Gebiet der Kartoffelversorgung werden die Zustände immer bedrohlicher. Die Befürchtungen, die wir von Anfang an gegen die hohen Preise der Lieferungsverträge geäußert haben, waren durchaus berechtigt. Die hohen Preise in diesen Verträgen haben nicht die Sicherung der Versorgung der großstädtischen Bevölkerung erreicht, sondern sie sind genau nach dem Wunsche der Agrarier das Mittel geworden, durch das sie die künstliche Hochhaltung der Preise auf alle Fälle erzielen werden. Die Kartoffelpreise sind auch bereits jetzt so hoch, daß die Massen ihren Winterbedarf nicht decken können.

Bessere und billigere Versorgung mit Lebensmitteln hatten die bürgerlichen Parteien während des Wahlkampfes den Massen versprochen. Was jetzt eintritt, zeigt, daß die Massen bewußt irreführt worden sind, daß das Vieh größer und größer wird, und daß die Befürchtungen die Notlage der Massen immer mehr für ihren schamlosen Preiswucher auszunutzen suchen.

Prinz verhaftet

Der in der Sache des angeblichen Schiedemannschen Mordbesehls gegen Plehn und Lagemburg angeklagte Erich Prinz ist gestern wieder verhaftet worden, nachdem durch das Geständnis seiner Geliebten Frieda Hildegard Plamann angeblich erwiesen ist, daß Prinz nicht nur von einer gefälschten Urkunde Gebrauch gemacht hat, sondern selber der Urheber der Fälschung ist.

Wie schon in der Verhandlung, so werfen auch die heutigen Veröffentlichungen ein eigentümliches Licht auf die „unparteiliche Staatsanwaltschaft“, auf den Rechtsanwalt Rühl, der durch Vergabe von Geldmitteln Zeugnisse sich beschafft und auf den Berliner „Sozial-Anzeiger“, der mit diesem Herrn unter einer Decke steht.

Einigung bei Daimler

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Stuttgart: Gestern ist endlich eine Einigung in den Verhandlungen zwischen der Firma Daimler und der Vertretung der Arbeiterschaft vor dem Schlichtungsausschuß über die Wiedereinstellung der Arbeiter, erzielt worden. Angenommen wurde von beiden Parteien ein Vorbehalt des Schlichtungsausschusses, nach welchem die Firma den Betrieb in Untertürkheim in den nächsten Tagen wieder eröffnen wird, und zwar mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden, entsprechend dem Kollektivabkommen in der Metallindustrie.

Die Handwerker gegen die Sozialisierung

In Jena fand am Freitag die öffentliche Vollversammlung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks statt. Nach einem Referat des Anwaltes des Deutschen Gewerkschaftsverbandes Justizrat Prof. Dr. Träger über Sozialisierung und Kommunisierung nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der als die Grundlage des wirtschaftlichen Wiederaufbaus die Selbstverwaltung der beteiligten Kreise verlangt wird. Sozialisierung und Kommunisierung von Handwerk und Gewerbe werden abgelehnt, auch auf dem Umwege des eigenen Regiebetriebes. Sogenannte sozialisierte Betriebe sollen bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten nicht einseitig bevorzugt werden.

Gerade die Handwerker haben die geringste Ursache, sich gegen Sozialisierung und Kommunisierung zu erklären. Der hochkapitalistische Wirtschaftsbetrieb, der immer mehr die Zusammenfassung der Produktion zur Großindustrie gefördert, vernichtet den kleinen und mittleren Handwerker in seiner Existenzmöglichkeit. In diesem Prozeß werden auch alle Palliativmittel, wie Kredit- und Rohstoffgenossenschaften, nicht viel ändern. Der Sozialismus als die einzige vernünftige Form der Produktion gibt dem Handwerk die ihm gebührende Stellung, indem er dem Finanz- und Industrieskapital die Alleinverfügung über die Wirtschaft entzieht und Vergaben und Tätigen, ohne Ansehen seiner Herkunft, den Platz im Produktionsprozeß anweist, der ihm nach seinen Fähigkeiten zukommt.

Aber es ist eine alte Erfahrung, daß sich manche Kreise, denen eine Neuordnung der Verhältnisse nur eine Verbesserung und Erleichterung ihrer Lage bringt, am stärksten gegen diese Neuordnung stemmen. Kleinbürgerliche Ehrgeiz, festhalten an veralteten Überlieferungen, verhindern den freien Ausblick für Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer vernünftigen und allgemein beizubehaltenden Wirtschaftsführung.

Angestelltenstreik in Dessau. Die in einer Lohnbewegung befindlichen Angestellten der Dessauer Industrie haben infolge Scheiterns der Vermittlungsaktion des Staatsrates Montagabend den Streik proklamiert.

Eisenberger wieder verhaftet. Der kommunistische Abgeordnete Eisenberger wurde auf dem Münchener Ostbahnhof bei seinem Eintreffen aus Troiberg, wo er in einer kommunistischen Versammlung gesprochen hatte, wegen Aufreizung zum Klassenkampf verhaftet.

Die Reichstagswahlen in Schweden. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen haben bei den Reichstagswahlen die Kommunisten 17 Mandate erhalten (6 gewonnen, 1 verloren). Die zwei Bauernorganisationen haben 8 Mandate erhalten (2 gewonnen). Die Liberalen haben 12 Mandate erhalten (2 gewonnen und 4 verloren). Die Sozialdemokraten haben 27 Sitze besetzt und 5 verloren.

Hungernot in China. Die Hungernot in China erstreckt sich über ein Gebiet von 700 englische Meilen Breite und bis 360 englische Meilen Tiefe, und zwar von Peking bis zu den Grenzen der Provinz Scharhin. Die Ernte hat nur 8 Prozent der normalen Durchschnittsernte gebracht. 30-40 Millionen Menschen werden von der Hungersnot betroffen. In vielen Ortschaften bringen die Familienmitglieder ihre Frauen und Kinder mit Arsenik ums Leben. Zur Hilfeleistung ist nach amtlichen Feststellungen eine Summe von 200 Millionen Dollar erforderlich.

Oberschlesien!

Von Kloys Pawlik

1. Im Eisenbahnwagen.

In einer kleinen Station besteige ich ein Abteil dritter Klasse, in dem sich zwei gut gekleidete Herren und ein Arbeiter, der in der überfüllten vierten Klasse seinen Platz mehr finden konnte, befinden.

Die beiden Herren, die ein sehr schlechtes Deutsch sprechen, beginnen sofort folgenden Gespräch:

Kloßbassa: Die verschlungenen Polen!
Amiolet: Diese Bestien muß man alle totschlagen.

Kloßbassa: Na, gestern habe ich gelacht, wir haben es ihnen angetan. Die Hunde ahnen nichts, und wir schidten ihnen unseren Stoßtrupp hin, und der hat sie mächtig mit Handgranaten bearbeitet.

Amiolet: Ganz recht so; nur haben ist zu wenig, man muß die Kanakillen in Stücke reißen.

Kloßbassa zum friedlich döstenden Arbeiter: Sie werden uns doch auch helfen, die Polenbünde auszurotten?

Der Arbeiter: Lassen Sie mich in Ruhe.

Kloßbassa: Was, Sie sind wohl Sozialdemokrat, Sie wollen wohl gar wieder die Revolution haben?

Der Arbeiter: Ja, die Revolution war unser Glück, wir durften mal frei atmen.

Kloßbassa: Ihr Hunde, Ihr Polenbünde, Ihr seid Euch alle gleich. Ihr wollt also nicht unseren Kaiser wiederhaben? Ihr müßt verrecken, Euch muß es ganz schlecht gehen; hungern müßt Ihr Arbeiterpad, dann werdet Ihr endlich wieder deutsch und Kaiserkrone werden.

Der Zug fährt in die nächste Station ein; der Arbeiter steigt aus. Auch ich steige aus.

Am Bahnhof prangt ein riesiges Plakat mit der Aufschrift: „Deutsch sein, heißt gerecht sein!“

2. In der Weinhandlung.

„Guten Abend Herr Amtsrichter, guten Abend Herr Doktor, guten Abend Herr Rechnungsrat, guten Abend Herr Obersteuerkontrollleur.“ So begrüßt der Kellner die Honoratioren der Kleinstadt, die im reservierten Zimmer Platz nehmen.

Während der Kellner den Wein hineinträgt, erscheinen im Gastzimmer vier bis sechs verwegenen Gestalten, teils ohne Kragen, teils mit entblößter Jünglingsbrust.

„Oben, bringen Sie uns jedem eine Flasche Wein, aber von die gute Sorte, egal was er kostet.“

„Gerona, haben wir heute gepflastert, morgen bekommt der polnische Apotheker eine feste Abreibung, wir haben hier noch feste Arbeit.“

„Marxist, da müßt ich auch Geld verdienen, ich wollt zur Sierkeitswerr, aber die ham schon genug und Arbeit is jetzt nicht so leicht.“

„Tumme Was, wozu arbeiten. Ich gieb Dir Adresse, Karrik, von Helmtreue, und da hast Du Geld, wieviel Du willst.“

„Aber ich kann doch nicht so gut Deutsch.“

„Aber brauchst Du doch nicht, brauchst Du bloß logen, bist Du deutsch-nationaler Helmtreuer, bekommst Du dann auch genug Geld.“

Der Stoßtrupp blieb noch längere Zeit in angenehmer Unterhaltung beisammen.

3. Die Demonstration.

Man will für strikte Neutralität demonstrieren!
Die Massen teilen an: Schulkinder, Gymnasialtinnen, alle Reiter- und Militärvereine, alle deutsch-nationalen Vereinigungen, alle Mitglieder des verstorbenen, aber nicht toten Vereines zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, Reichsweitem mit und ohne Rosenkranz, und leider auch organisierte Arbeiter.

Man will für strikte Neutralität demonstrieren!
Im Zuge werden Plakate getragen: „Nieder mit den Polen.“ „Wir sind und bleiben Deutsch.“ „Deutsch sein, heißt gerecht sein.“ „Auf, schütteln wir das polnische Joch ab.“

Man singt: Deutschland, Deutschland über alles. „Heiß Dir im Siegerkranz und Siegreich wollen wir Frankreich schlagen.“

„Ich erwarte die Ruße: „Nieder mit dem Kriege.“ „Doch das internationale Proletariat.“ „Nieder mit dem Kapitalismus.“

„Ich erwarte gleichlautende Plakate.
Welt gefehlt! Man brüllt, schlägt, raubt und mordet!
Man will für strikte Neutralität demonstrieren!
Man will alle Personen beiseite, die nicht Hurra mit brüllen. Der Führer der polnischen Sozialdemokratie soll auch sein Leben lassen. Ein Zufall rettet ihn.“

Oberschlesische Arbeiter haben am 17. August dieses Jahres nicht für Neutralität demonstriert, sie haben unsere Ideale, den völkerverfehlenden Sozialismus verraten.

Eine Unzulässige Waise. Man schreibt uns: Sie haben in letzter Zeit wiederholt Plakate und Erinnerungen an J. J. Rousseau gebracht und mit diesen Wiedergaben der Gedanken dieses Vorkämpfers für Menschenfreiheit den Dank der Leser verdient. Darf ich Sie auf die fast unbekannte Tatsache aufmerksam machen, daß J. J. Rousseau beinahe unser Landsmann und nächster Nachbar in Vankow-Ridderichshäusern geworden wäre. Beinahe, aber es kam anders. Als einer der Vertrauten Friedrichs II., Lord Rarochal, ihm die traurige, von Janitschen Folgsorgern getriebene Lage Rousseaus schilderte, machte Friedrich folgenden Vorschlag: Er wäre bereit, Rousseau aufzunehmen gegen ein Zehrgeld von 2000 Fr., ihm in Vankow ein kleines Häuschen mit Garten und Land, Geflügel und Vieh zu überlassen, damit der Philosoph sorgenlos leben könnte. Außerdem helle er ihm zu Spaziergängen den Schönauwäner Park zur Verfügung. Der Lord schrieb dem Philosophen.

Die Antwort Rousseaus ist aber zu charakteristisch, um nicht verewigt zu werden. Die französischen Historiker kennen diesen Briefwechsel, in deutschen Büchern wird man ihn vergeblich suchen. Die Antwort lautete nämlich:

„Rajskität. Sie sprechen mit Adel und Freiheit in Ihren Landen. Aber Sie besitzen ein Schwert und sind König. Sie bieten mir ein Jahresgehalt an. Wozu? Ich habe nichts für Sie getan. Haben Sie denn schon alle diejenigen abgefunden und belohnt, die in Ihren Kriegen ihre Arme und Beine verloren haben? Das liegt doch näher.“

Eine Antwort hat Friedrich d. Gr. nicht gegeben, und Rousseau ist nie nach Preußen gekommen.

Im Deutschen Musiker-Verband tagte eine Sachverständigenkommission zwecks Prüfung, welche Mittel und Wege anzuwenden seien, die bisher daniiederliegende Ausbildung des Musikernachwuchses in neue Bahnen zu lenken. Die Konferenz kam zu der Auffassung, daß der gewünschte Zweck nur erreicht werden kann, wenn das ganze Musiker-ausbildungswesen in Zukunft schulgemäß behandelt und ausschließlich dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bzw. den Kultusministern der Länder unterstellt wird. Die bei der Berliner Staatl. Hochschule für Musik einrichtende Orchesterhule soll unter Mitwirkung und Unterstützung des Deutschen Musiker-Verbandes zu einem Institut für Orchesterinstrumentalausbildung ausgestaltet werden, das auch unbedeutenden, begabten Schülern durch anzuhäufende Verbindungen mit der Universität die Möglichkeit geben soll, bis zur Stufe der Vollendung zu gelangen. Das Kultusministerium war durch den Referenten Reitenberg, die Hochschule für Musik durch Professor Dr. Schünemann vertreten.

Neues Volkstheater. In der am Donnerstag, den 16. d. M., stattfindenden Neueinstudierung von „Wens Nora“ spielt Ida Orloff zum ersten Mal die Titelrolle. Spielleitung: Arnold Czempin.

Im Hoftheater findet am 1. Oktober die Aufführung der Tragödie „Der Anti-Christ“ von Richard L. Edon statt.

Im Vesting-Theater wird Henrik Ibsens „Peer Gynt“ mit der Musik von Edward Grieg am Donnerstag, den 16. d. M., wieder in den Spielplan aufgenommen.

Ludwig Rubiners Der Mensch in der Mitte, das Hauptwerk seiner geistigen Hinterlassenschaft liegt in neuer Auflage vor. (Gustav Kiepenheuer, Potsdam.) Es verleiht einen neuen Humanismus, der für den Menschen die zentrale Stelle in der Welt beansprucht, und mit jeglichem Quietismus und ästhetizistischem Dünkel aufräumt. Auch in seinem Drama „Die Geisteslosen“ hat Rubiner in seinen bei Kurt Wolf erschienenen Gedichten „Das himmlische Licht“, das hohe Lied der Menschlichkeit inkräftig gesungen.

Die U.S.P. und die Bedingungen der Moskauer Internationale

Von Heinrich Marx.

Wenn sich die 3. Internationale von der Ueberzeugung leiten läßt, daß die Welt nur von Autokraten regiert werden kann, so entspricht das zwar der russischen Tradition, aber es entspricht durchaus nicht den Ansichten der westeuropäischen Arbeiterklasse. Unsere Ansichten bewegen sich in entgegengesetzter Richtung, und wir wollen auch nichts unternehmen, was uns auch nur äußerlich den Vorwurf eintragen könnte, wir erstreben, kaum daß wir uns im November 1918 von einem Autokraten befreit, einen neuen Zwingerherrn oder deren gleich mehrere.

Die Geschichte zeigt uns, und läte sie es nicht, so zeigen es uns die derzeitigen Zustände in Rußland, und so haben es uns die Zustände in Deutschland während der Revolution gezeigt, daß es für das Volk im höchsten Grade schädlich, ja verhängnisvoll ist, wenn das Volk, statt die Macht selbst in den Händen zu behalten, sie an ehrgeizige Autokraten, Schriftsteller usw. ausliefert. Wollen wir diese grauenhaften Episoden, die wir heute noch mit Schauern zu denken, achlos beiseite legen?

Der deutsche Arbeiter wird sich mit Recht dagegen auflehnen, eine Null, ein toter Buchstabe, im Kampfe mit dem Erbsünde Kapitalismus darzustellen. Wir wollen nicht Untertanen sein, weder eines Monarchen, noch eines Autokratenkollegiums, nur weil es sich sozialistisch nennt.

Wir verstehen nicht, daß die vor der Abreise der Delegierten nach Moskau von der „Freiheit“ veröffentlichten Anklagen S. I. O. M. J. e. v. s. wegen der schwankenden, dem Reformismus halbherzigen Haltung der Partei zum größten Teil Berechtigung hatten. Wir kennen die Unklarheiten und Widersprüche, in denen sich die Partei immer noch, trotz des auf dem Leipziger Parteitag von Crispian abgegebenen Versprechens, Klarung zu schaffen, bewegt, und die endgültig beseitigt werden müssen. Aber was will es heißen, wenn im Absatz 2 der Bedingungen gelagt wird, daß jede Organisation alle reformistischen und Zentrumsleute aus den Parteifunktionen und Kommuneverwaltungen entfernen muß? Ist es denn Lenin nicht bekannt, daß letzten Endes die ganze Tätigkeit der Partei in den bürgerlichen Parlamenten auf eine Reform hinausläuft? Das bürgerliche Parlament ist doch nur das Ventil, um die Ströme der Unzufriedenheit der Massen abzulassen, sie durch Scheinobjekte zu beschwichtigen. Das wirkt aber nicht revolutionär, sondern reformistisch.

Daß die in den Parlamenten geleistete Aufklärungsarbeit nur einen problematischen Wert hat, bei weitem aber nicht den Wert besitzt, wie es Lenin glaubt, der zu diesen Dingen in seiner Broschüre „Der bürgerliche Parlamentarismus und die proletarische Revolution“ Stellung nimmt, ist allgemein bekannt. Welchen Sinn hat dann aber die Forderung, die Reformisten und Zentrumsleute aus den Parteifunktionen und Kommuneverwaltungen zu entfernen?

Wenn man weiß, daß das Parlament nicht der Ort ist, wo soziale Revolutionen — im Gegensatz zu bürgerlich-politischen, die nur auf den Sturz einer Regierung ausgeht, um sich an deren Stelle zu setzen — entstehen, dann sollte man auch die Konsequenzen ziehen und die Parlamente meiden. Wenn aber Opportunisten durch und Opportunisten ausgezerrt werden sollen, so läuft doch das Ganze nur auf Verwirrung der Begriffe hinaus.

Es ist nun selbstverständlich, daß die Tür der Partei den halben Revolutionären verschlossen werden muß, wie es der Absatz 7 fordert. Es ist durchaus wünschenswert, und liegt nur im Interesse der Partei, daß die Mitglieder jeder aus bürgerlichen Kreisen zur Partei übergetretenen Autokraten, Schriftsteller usw. genau ansehen, denn diese, infolge ihrer Erziehung und ihres Umganges mit bürgerlichen Elementen des proletarischen Denkens, bringen die bürgerliche Ideologie mit, und führen die Partei auf falsche Bahnen. Wenn nun die „Moskauer“ auf die Entfernung von Kautsky und Hilferding aus der Partei bestehen, und deren Wünschen sich auch Genosse D. u. M. g. anschließen, so muß doch bemerkt werden, daß sie damit nicht gerade die Schwerstverbrecher herausgesucht haben. Welch ungeheure Schuld haben die U. S. P. Revolutionsminister Dr. Kurt Rosenfeld, Dr. Breitscheid und als dritter am 14. April Adolf Hoffmann, auf sich geladen, als sie durch Bekanntmachung vom 14. November 1918 alle reaktionären, vorwärtsfälligen Geister, und vom 16. desselben Monats die Klaffengerichte, gegen die das Programm seit 60 Jahren einen erbitterten Kampf führt, ausdrücklich beschützten? Der Gerechtigkeit halber muß man feststellen, daß das, was Hilferding und Kautsky recht ist, für die anderen billig sein muß. Das hätte meines Erachtens auch Genosse Däumig in seinem Artikel sagen müssen.

Daß die Inkonsistenz der „Dritten“ aus Herz gewachsen ist, beweist die Tatsache, daß sie unter 11 der Bedingungen nochmals dasselbe sagt, was schon unter 2 gelagt ist. Was sie aber unter 12 fordert und was sich mit 1. Absatz 2 grundsätzlich deckt, müssen wir aus den oben angeführten Gründen zurückweisen. Die 3. Internationale muß sein, wenn sie in den Gang der Entwicklung der ihr angehörenden Parteien und Länder nicht hemmend eingreifen will, eine auf föderativer Grundlage aufgebaute Institution.

Alle anderen Bedingungen, soweit sie sich mit propagandistischen oder taktischen Fragen befassen, können ohne weiteres angenommen werden. Bedenken erregen noch die letzten Absätze 20 und 21. Aber auch hier greift uns, trotz der gemessenen scharfen Zähne, die Maske des Opportunismus entgegen. Alles in allem: Klarheit wenig, Autokratie desto reichlicher.

Dann wäre noch zu wünschen, daß der beschlaghabende Ton der uns unwillkürlich an den preußischen Kasernenhofen erinnert, einer kameradschaftlichen Unternehmung Platz macht, wie es unter Menschen üblich sein müßte, die nach demselben Ziel, wenn auch auf anderem Wege, zustreben.

Es wäre im höchsten Grade bedauerlich, wenn der Anschlag ohne die hier gerügten Dinge nicht zustande käme. Der deutsche Arbeiter aber wird auch dann im Interesse seiner russischen Arbeitsbrüder, im Interesse der kommenden Weltrevolution unermüdet auf der Wacht stehen.

Die Internationale in der Tschechoslowakei

Aus Prag wird uns geschrieben:
Die Parteivertrattungen der tschechoslowakischen und deutschen sozialdemokratischen Parteien trafen am 10. September zu einer gemeinsamen Beratung über die Frage des Zusammenschlusses der tschechoslowakischen und deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkräfte zu einer gemeinsamen proletarischen Kampffront zusammen. Die Debatte hierüber ergab die einstimmige Ansicht, daß die Vereinigung des organisierten Proletariats aller Nationen in der tschechoslowakischen Republik ein unbedingtes Erfordernis für die Stärkung seiner Macht ist, die schon angesichts der sich verschärfenden Klassengegensätze und der aus diesem Grunde zu erwartenden schweren Kämpfe der Zukunft unbedingt geboten sei. Die Konferenz betonte ihren gemeinsamen Willen zur Herbeiführung der proletarischen Kampfgemeinschaft mit dem Beschluß, die Erfolge der beiden Parteivertrattungen zu beauftragen, die unverzüglich an die Ausarbeitung eines Entwurfes der programmatischen, organisatorischen und taktischen Grundlagen des gemeinsamen Kampfes zu schreiten, der auf breiter Basis zu erzielung hat. Der Entwurf ist ebensolange einer neuerlich gemeinsamen Sitzung der beiden Parteivertrattungen vorzulegen. Jeder, der die schwerigen nationalen Verhältnisse in der tschechoslowakischen Republik kennt, wird diese Dokumentierung der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes aller proletarischen Schichten aufs herzlichste begrüßen. Es zeigt sich eben deutlich, daß alle von den Herrschenden aufgerichteten künstlichen Schranken, die vor der ehernen wirtschaftlichen Notwendigkeit nicht bestehen können. Auch der Nationalismus muß weichen vor dem großen Kampfe des Proletariats um seine Befreiung aus den Fesseln wirtschaftlicher und geistiger Not.

In der vorigen Woche fand, wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ meldet, in Karolinenthal eine Konferenz der Vertreter des linken

Flügels der tschechoslowakischen Sozialdemokratie (ohne die Slowaken) statt; sie beschloß sich mit dem bevorstehenden Parteitag. Es referierten Schmalzer über das Programm der linken, Skala über die dritte Internationale und Botava (Prüna) über die Taktik auf dem Parteitag. Nach dem Antrag Skalas wurde beschlossen, auch unter den jetzt bekanntgewordenen Bedingungen auf den Anschlag an die dritte Internationale zu beharren. Aus den Beschlüssen haben wir den nachfolgenden über die Entseignung hervorzuheben: „Die linken haben sich auf dem Parteitag dafür eingesetzt, daß der Festly beständlichen und bürgerlichen Mittelstandes nicht enteignet werde, daß diesem Stande vielmehr durch das Nachlassen von Steuern Erleichterung geboten wird. Ferner, daß bei der Nationalisierung der Banken und Kreditanstalten und bei der Annahmierung von Anleihen die kleinen Anleger ihr Geld voll auszubezahlen bekommen. Dagegen müssen alle Besitztümer der Reichen ohne Entgelt enteignet werden.“

Die englische Arbeiterpartei gegen die dritte Internationale

London, 13. September.
Der nationale Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei hat den Antrag der freien kommunistischen Partei um Aufnahme zurückgewiesen. Diese Partei tritt für das Räteystem, für die Diktatur des Proletariats und für die dritte Internationale ein.

Die Stellung der Organisationen Distrikt Niederbarnim-Ort

In einer sehr gut besuchten Distriktskonferenz, auf der sämtliche Ortskomitees durch Delegierte vertreten waren, wurde gegen 8 Stimmen nachstehende Resolution angenommen:
„Die Distriktskonferenz Niederbarnim-Ort erklärt nach einem Referat des Genossen Victor Stern, einem Korrespondenten des Genossen Brühl und nach anschließender Diskussion den Anschluß der U.S.P. an die dritte Internationale als lebensnotwendig für die Fortführung der proletarischen Revolution in Deutschland und in der ganzen Welt. Sie erklärt sich mit dem vom 2. Kongress der dritten Internationale angenommenen Grundsätzen einverstanden und steht auch in den Bedingungen notwendige Garantien, um aus der U.S.P. eine konsequente revolutionäre Kampfpartei zu machen, die nicht nur im Programm, sondern tatsächlich Banntrügerin im proletarischen Befreiungskampf ist.“

Distrikt Schöneberg-Friedenau

Am gestrigen Montag fand in der Aula der Schamissohule in Schöneberg eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Distrikts Schöneberg-Friedenau statt, die sich mit den Bedingungen für den Anschluß an die 3. Internationale beschäftigte. Nach Referat des Genossen Dr. Ewenschein, der mit Wärme für die Aktionskraft des revolutionären Proletariats eintrat, aber gerade aus diesem Grunde zur Ablehnung dieser Bedingungen kam, und des Genossen Dr. Rosenfeld, der diese Bedingungen als eigentlich selbstverständlich bezeichnete und ihre Annahme empfahl, wurde gegen wenige Stimmen folgende Resolution angenommen:
„Die U. S. P. D. Schöneberg-Friedenau stellt sich unter Anerkennung der 21 Punkte erneut auf den Boden der dritten Internationale und fordert den sofortigen Anschluß an dieselbe.“
Ein Teil der Anwesenden enthielt sich der Abstimmung.
Eine andere Resolution, die den Parteitag aufforderte, erneut Richtlinien auszuwarbeiten, um mit den revolutionären Parteien sämtlicher Länder in Verbindung zu treten, um einen allgemeinen Kongress herbeizuführen, war damit abgelehnt. Es wurde weiter ein Antrag, der für die Delegiertenwahlen zum Parteitag Urabstimmung fordert, einstimmig angenommen. Von ungefähr 800 Mitgliedern waren etwa 500 anwesend.

Schwere Anschuldigungen gegen Lloyd George Ein Brief Kamenev

Amsterdam, 14. September.
Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, hat das englische Unterhausmitglied Kenworthy der „Times“ die Abschrift eines Briefes zugestellt, den er von Kamenev vor dessen Abreise aus London erhalten hat. Kamenev beklagt sich in diesem Briefe, daß Lloyd George während seines Aufenthaltes in London auf allerlei Weise jeden Versuch, über den Frieden zu unterhandeln, auf die lange Bank geschoben und zum Schluß den Abbruch der Verhandlungen durch Anschuldigungen gegen Kamenev als Vertreter der Räteregierung maskiert hat. Kamenev weist alle vier durch Lloyd George vorgebrachten Beschuldigungen zurück. Was seine Beziehungen zu dem Council of Action (Aktionsrat) anbelangt, so habe er allen Mitgliedern dieses Rates die von ihnen gewünschten Mitteilungen gemacht, ohne irgend welchen Einfluß auf sie auszuüben. Kamenev schreibt:
„Ich kam nach England mit der Absicht, im Interesse der Arbeiter aller Länder Frieden mit dem Britischen Reiche zu schließen. Ich bin bitter enttäuscht, daß die britische Regierung nicht den Mut gehabt hat, offen ihre veränderte Haltung zu bekennen und daß sie den Abbruch der politischen Verhandlungen durch unsärlige Beschuldigungen bewerkstelligte.“
Der schwache Punkt in Kamenevs Brief ist, so sagt der Londoner „Telegraaf“-Vertreter hinzu, der, daß er nicht bestreiten kann, daß die Sowjetregierung einem der Direktoren des „Daily Herald“ die Unterstüzung von 75 000 Pfund Sterling gegeben hat.

Die drohende Missernte in Rußland

DE. Hellingsoes, 13. September.
Am 15. September tritt in Moskau eine Konferenz der kommunistischen Partei ganz Rußlands zusammen. Die Moskauer „Pravda“, das Zentralorgan der Partei, entwirft aus diesem Anlaß ein recht pessimistisches Bild der Lage. Die Zeitung weist nach, daß die Beschlüsse des 9. Kongresses der russischen kommunistischen Partei, der in diesem Frühjahr getagt hat, nicht ausgeführt worden seien. Diese Beschlüsse hatten sich auf den kommunistischen Wiederaufbau des russischen Wirtschaftslebens gerichtet. Der Gang der Geschichte habe alle Voraussetzungen und Absichten der russischen Kommunisten über den Haufen geworfen. Der wirtschaftliche Aufbau habe in den letzten Monaten stillgestanden. Der kommende Winter werde durch Hunger und Frost die Lage noch weiter zuspitzen. Der bevorstehenden Konferenz liege es ob, in dieser schwierigen Lage die Aufgaben der Partei näher zu erläutern.
Die in der Tat außerordentlich schwierige Lage des Bergbauwesens wird durch eine Mitteilung der in Petersburg erscheinenden „Vorwärtskommune“ genauer gekennzeichnet. Dieses speziell für die Verbreitung und Propaganda bei den Bauern bestimmte Blatt schreibt, daß in den südlichen Gouvernements, besonders in denen von Astrachan und Saratow, der Mangel an Viehfutter infolge der Dürre so schwer sei, daß die Gefahr bestehe, daß das Vieh in diesem Winter aus Hunger aussterben könne. Die Sowjetregierung habe daher beschlossen, die genannten Gouvernements von dieser Sorge zu befreien und das Vieh lebendig nach Petersburg und Moskau abzuführen.

Der polnisch-litauische Streitfall.

DN. London, 14. September.
Die Polen werden mit Litauen zu einer vorläufigen Konferenz in Galvaria zusammengetreten, um hier die Differenzen zu besprechen und den Frieden zwischen Polen und Litauen wiederherzustellen. Die Streitfragen sollen schriftlich dem Botschafter vorgelegt werden. Der Kampf zwischen Polen und Litauen ist gestern im Zusammenhang mit der Konferenz von Galvaria beendet worden.

Warschau, 13. September. (Dava)

Die litauische Regierung hat gebeten, daß die französische und die englische Regierung bei den Verhandlungen, die zwischen Polen und Litauen in Galvaria stattfinden werden, vertreten sind. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Kabinette in London und Paris diesen Vorschlag annehmen werden.

Der polnische Heeresbericht

Warschau, 13. September.
Aus dem Generalstabsbericht der polnischen Armee vom 13. 9. Im Bereiche von Sokal errichteten unsere Truppen die Linie Kristinopol-Sokal. Nördlich von Sokal haben wir nach heftigem Kampfe den Widerstand des Feindes gebrochen und den Stabsjenska-Fuß überschritten. Unsere Abteilungen besetzten Chocimzew, Wessug und Wjstynice. Westlich von Rowel nahmen wir trotz heroischen Widerstandes des Feindes den Ort Maciejow.

In der Gegend von Sopitale und Stepanki wurden wiederholte Angriffe fünf bolschewistischer Regimenter abgewiesen und der Feind zum fluchtartigen Rückzug gezwungen. Die Beute in diesem Abschnitt betrug 132 Gefangene und drei Maschinengewehre.

Auch die polnische Delegation reist nach Riga

Kopenhagen, 14. September.
„Berlingske Tidende“ Warschauer Berichterstatter meldet aus gut unterrichteter Quelle: Die polnische Friedensdelegation reist heute mittags über Danzig nach Riga ab, der Leiter ist Dombelski. Die Grundlagen für die Friedensverhandlungen wurden in dem Verteidigungsrat angenommen, während der Staatschef Pilsudski sich auf einer Frontreise befand. Daß er bei dieser Sitzung nicht anwesend war, führt man auf die heftigen Angriffe zurück, die von den konservativen Parteien gegen ihn gerichtet werden.

Ein Appell an Wrangels Offiziere

Amsterdam, 13. September.
Den englischen Blättern zufolge hat die russische Regierung einen von Lenin, Trotzki und Brussilow unterzeichneten Appell an die in Wrangels Heer stehenden russischen Offiziere geschickt, in welchem diese aufgefordert werden, ihre schmachvolle Rolle als Helfer der Polen und Franzosen aufzugeben. Den Offizieren wird völlige Amnestie angedeutet, wenn sie in das Sowjetheer eintreten. Zum letzten Male streckt die Sowjetregierung ihnen ihre veröhnende Hand entgegen.

Keine Anerkennung Moskaus durch Italien

II. Paris, 14. September.
Nach dem „Echo des Paris“ hat Giolitti erklärt, daß er an eine formelle Anerkennung der Moskauer Räteregierung nicht denke, wohl aber werde er den russischen Rätevertreter Worowski empfangen.

Die Güter des Eigentums Der Standpunkt der italienischen Unternehmer

III. Zürich, 14. September.
In einer Unterredung mit führenden Mailänder Metallindustriellen wurde dem dortigen Vertreter der „Neuen Zürcher Zeitung“ versichert, daß von einem Kompromiß mit der Arbeiterschaft aus Grund der neuformulierten Forderungen, nicht die Rede sein könne. Die Metallindustriellen betonen ihre Stellungnahme als ein Bollwerk des Eigentumsrechtes, dessen Verteidigung bis zum äußersten ihnen schon durch die untätige Haltung der Regierung zur Pflicht gemacht wurde. Immerhin geben die Industriellen die Hoffnung auf eine gütliche Einigung nicht auf. Die Forderung der Produktionskontrolle werde zwar abgelehnt, aber es scheint, daß die Auslegung dieses Begriffes durch die Arbeiterschaft einsehbar wird, ob man in Unterhandlungen darüber eintreten will.

Interview mit D'Aragona

Mailand, 13. September 1920.
D'Aragona, Sekretär der Arbeiterföderation hat dem Berichterstatter des „Avanti“ in Angelegenheit des Kampfes in der metallurgischen Industrie unter anderem folgendes erklärt:
„Wir haben Beweise, daß die Unternehmerrkoalition der metallurgischen Branche schon seit geraumer Zeit Vorbereitungen getroffen haben, um diese große Schlacht gegen die Arbeiterorganisation zu schlagen.“
Auf die Frage, wie er sich die Lösung dieser schwerwiegenden Frage vorstelle, erwiderte D'Aragona, daß er sich nur eine Lösung vorstellen könne: den proletarischen Widerstand, der mit seiner Kraft den Angriff der Unternehmer niederzuringen wird. Ohne Einschreiten des Staates kann der Kampf nur mit dem Siege der Arbeiter enden. Und wenn der Staat die Partei der Kapitalisten ergreift, wird die Arbeiterföderation ihre Pflicht kennen. Die metallurgischen Arbeiter können bei allem bereiteten Solidarität der ganzen Arbeiterschaft sicher sein.

Die englische Bergarbeiterbewegung

Amsterdam, 14. September.
„Telegraaf“ berichtet, daß die Meldung, wonach Smilla dem amerikanischen Bergarbeiterbund telegraphisch aufgefordert hätte, zugleich mit dem britischen Bergarbeiterbund in den Ausstand zu treten, den Tatsachen nicht entspricht. Das betreffende Telegramm sei an den kanadischen Bergarbeiterbund gerichtet worden. Smilla habe jedoch erklärt, dieses Telegramm nicht abgeschickt und nicht die Ermächtigung dazu erteilt zu haben.
In der Lage sei eine Herabsetzung noch nicht eingetreten. Die britische Regierung bestrebe auf ihrem Standpunkt, den Dorn in der vorigen Woche den Bergarbeiterführern absonderbar gesetzt habe. Laut „Nieuws Blatter“ werde „Courant“ werden jedoch hinter den Kulissen offizielle Schritte unternommen, um in der Kohlenkrise eine Lösung herbeizuführen.

Vorbereitungen zum Generalstreik

Paris, 13. September.
Wie sich der „Temps“ aus London telephonieren läßt, haben heute in Downing Street zwischen Lloyd George und verschiedenen Kabinettsmitgliedern Besprechungen stattgefunden. Der Premierminister habe die von den verschiedenen Ministerien vorbereiteten Pläne studiert, um im Falle eines Generalstreiks die lebenswichtigen Betriebe aufrechtzuerhalten. Der Vorschlag, das Parlament zusammenzuberufen, sei nicht ins Auge gefaßt worden. Das Parlament werde erst am 18. Oktober zusammentreten.

